



Steuerroase EU

Wie internationale Konzerne dank politischer Unterstützung massiv Steuern vermeiden und damit die öffentlichen Kassen prellen.

Dank den Enthüllungen von Whistleblowern zu Steuerdeals in Luxemburg weiß mittlerweile auch eine breite Öffentlichkeit: Große, internationale Konzerne drücken in Europa durch legale und illegale Tricks mit Unterstützung von Regierungen Steuern. Damit schröpfen sie die öffentlichen Kassen sowie Bürgerinnen und Bürger in Europa, die unter Kürzungsdiktaten ächzen.

Schätzungen zufolge verlieren die EU-Staaten jährlich eine Billion Euro durch Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. Wie leicht die Unternehmen tricksen können, zeigt der Fall Amazon. In Deutsch-

land zahlte der Konzern im Jahr 2013 lediglich 1,3 Millionen Euro Steuern bei einem Gesamtumsatz von 11,9 Milliarden Euro. Das sind zirka 0,01 Prozent. Der Trick: Amazon wickelt seine Verkäufe in Deutschland nicht über eine hiesige offizielle Betriebsstätte ab, sondern die Erlöse fließen direkt nach Luxemburg zu einer dort ansässigen europäischen Zentrale. Diese ist im Eigentum einer luxemburgischen Briefkastenfirma, welche direkt der amerikanischen Konzernmutter gehört und die Rechte an den Patenten für die Marke Amazon und weitere immaterielle Vermögenswerte hält. Für deren Nutzung zahlt die europäische

Zentrale astronomische Lizenzgebühren an die Briefkastenfirma, was ihren Gewinn – das heißt die aus Deutschland und anderen Ländern dorthin geflossenen Gewinne – und dadurch auch ihre Steuerschuld stark reduziert. Dieser Trick wurde von den luxemburgischen Behörden über einen offiziellen Steuervorbescheid vorab genehmigt. Die Firma, die die Lizenzgebühren einstreicht, muss aufgrund ihrer Rechtsform in Luxemburg gar keine Steuern zahlen.

Deutschland gilt als Paradies für Geldwäsche

Amazon ist dabei nur ein Beispiel für den Steuersumpf. Viele internationale Konzerne nutzen systematisch Schlupflöcher in Gesetzen aus und profitieren von vielfältigen Steuerdeals, die ihnen Regierungen anbieten. Dabei spielt die bevorzugte Behandlung von Lizenz- und Patentgebühren eine zentrale Rolle. Ähnliches gilt für Zinsen und Dividenden, die zwischen Konzernmüttern und -töchtern verschoben werden, sowie die Praxis konzerninterner Verrechnungspreise. Dabei kaufen Konzerne Güter und Dienstleistungen von anderen Konzernteilen. Sie setzen dabei zum Beispiel überhöhte Einkaufspreise an, um in Ländern mit höheren Steuern den Gewinn zu drücken und in Länder mit niedrigeren Steuern zu verschieben.

Steuerroasen austrocknen!

Die wichtigsten Maßnahmen gegen Steuerdumping:

- Eine öffentliche länderspezifische Berichterstattung (Country-by-Country-Reporting) der Konzerne
- Automatischer Austausch von und öffentlicher Zugang zu Steuervorbescheiden
- Die Offenlegung von Schein- und Briefkastenfirmen
- Die Kündigung von Doppelbesteuerungsabkommen mit Steuerroasen

sowie eine mindestens 50-prozentige Besteuerung aller Finanzströme in nicht kooperative Staaten (Quellensteuer)

- Die Einführung einer Gesamtkonzernsteuer auf breiter, internationaler Bemessungsgrundlage und EU-weiter Mindeststeuersätze. Letzteres erfordert neue EU-Verträge.
- Lizenzentzug für Banken, die aus Steuerroasen agieren oder aktiv Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten
- Eine Steuerverwaltung mit ausreichend Personal, um einen effektiven Steuervollzug zu gewährleisten

Hierbei spielen nicht nur klassische Steueroasen wie die Cayman Islands, Luxemburg oder die Schweiz eine Rolle, sondern auch Belgien, die Niederlande oder das Vereinigte Königreich und somit Kernstaaten der EU. Deutschland wiederum gilt als Paradies für Geldwäsche aufgrund laxer Vorschriften über die Transparenz der Eigner von Stiftungen und anderen Rechtsformen. Der Steuersumpf hat System. Der einstige Regierungschef der Steueroase Luxemburg, Jean-Claude Juncker, ist Präsident der EU Kommission, der Finanzminister der Steu-

eroase Niederlande, Jeroen Dijsselbloem, ist Chef der Eurogruppe, und der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble will mit Patentboxen beim Steuerdumping mitmischen, einem Steuersparmodell für internationale Konzerne, das sich wunderbar zur Gewinnverschiebung und Steuervermeidung nutzen lässt.

Die EU-Kommission versprach nun mehr Transparenz: wie den automatischen Austausch von Steuerbescheiden zwischen Mitgliedstaaten. Das ist aber im Kern schon seit 1977 Pflicht, passiert ist nichts.

»Die Vorschläge der EU-Kommission sind Nebelkerzen. Die EU bleibt eine Steueroase«, kommentiert der Europaabgeordnete Fabio De Masi (DIE LINKE) die Pläne der Kommission und fordert strikte Gesetze gegen Steuerdumping (siehe Infokasten) und einen gesetzlichen Schutz von Whistleblowern. Denn ausgerechnet diese sind es – wie jetzt auch im Fall des Luxemburger Steuerskandals – die angeklagt werden. Für De Masi ein Skandal: »Die Anständigen kommen vor Gericht, die Kriminellen machen Politik.«
Dominik Stamm

»Es braucht wirksame Whistleblower-Gesetze«

Erst war er Banker, dann wurde Rudolf Elmer wegen der Weitergabe von geheimen Kundendaten an Steuerbehörden und die Enthüllungsplattform Wikileaks der berühmteste Whistleblower der Schweiz.



Whistleblower Rudolf Elmer:
»Steuerbetrug ist ein globales Problem.«

Sie waren Whistleblower, haben ab dem Jahr 2008 geheime Kundendaten an Steuerbehörden und Wikileaks übergeben. Warum eigentlich?

Rudolf Elmer: Es wurde mir bewusst, dass sich hier der größte Diebstahl der Menschheit unter Nachbarstaaten abspielt und die schweizerische Justiz die kriminellen Geschäfte schützte.

Mit dem Abstand von ein paar Jahren: Sind Sie zufrieden mit dem Resultat Ihrer Enthüllungen, hat es sich gelohnt?

Ja, ich bin grundsätzlich zufrieden, denn viele Menschen sind meinem Beispiel gefolgt und haben die kriminellen Machenschaften öffentlich gemacht. Zudem wurden und werden noch weitere Machenschaften offengelegt.

Es kommt einem so vor, als gebe es alle paar Monate einen neuen Steuerhinterziehungsskandal und wenig würde passieren. Versagt die Politik oder will sie nicht?

Nicht nur die Politik versagte, vor allem aber auch die Justiz. Ich habe trotzdem die Hoffnung, dass – momentan mehrheitlich meist linke – Politiker daran arbeiten und die Steuerproblematik in den nationalen Parlamenten immer wieder zur Sprache bringen.

Was muss passieren, um dem internationalen Steuerbetrug endlich Einhalt zu gebieten?

Es ist ein globales Problem, das mit aller Schärfe bekämpft werden muss. Es müssen Sanktionen gegen nicht kooperative Länder

verhängt werden, Steuerbetrüggern und deren Beratern müssen lange Gefängnisstrafen drohen, und für sie müssen internationale Haftbefehle ausgestellt werden. Zudem muss Country-by-Country-Reporting als internationaler Reporting Standard durchgesetzt werden, bei dem multinationale Unternehmen dazu verpflichtet werden, in ihren Geschäftsberichten detailliert Informationen über ihre Geschäfte in allen Ländern offenzulegen wie etwa Ergebnisse vor Steuern oder die Höhe der abgeführten Steuern je Land. Außerdem dürfen die wahren Eigentümer von Vermögen nicht mehr verschleiert werden können.

Sie persönlich und Ihre Familie haben hart gelitten für Ihren Mut, die Öffentlichkeit zu informieren: Gefängnis, Überwachung. Anderen Whistleblowern geht es ähnlich. Was muss sich ändern, damit Whistleblower besser geschützt werden?

Es braucht echte und wirksame Whistleblower-Gesetze und nicht nur Lippenbekenntnisse. Aufgrund meiner Beobachtungen in den letzten Jahren bin ich heute der Meinung, dass Whistleblower – ähnlich wie in den USA – entschädigt werden müssen. Es zeigt sich immer mehr, dass die Belohnung von Whistleblowern der Zivilgesellschaft großen Nutzen brächte.

Das Interview führte Benjamin Wuttke.